

Sichere Innenstädte – saubere Bahnhöfe.

Wie wir unseren öffentlichen Raum lebenswert machen.

In deutschen Großstädten und Bahnhöfen – auch in Baden-Württemberg – haben sich vielerorts durch Vandalismus, Leerstand und Verrohung sichtbare Verwahrlosung, Problemzonen und Räume entwickelt, in denen sich Menschen nicht mehr sicher fühlen. Diese Wahrnehmung beginnt nicht erst mit Gewalttaten, sondern mit Müll, Schmierereien, Pöbeleien und Alkohol- und Drogenkonsum im öffentlichen Raum. Bürgerinnen und Bürger werden dadurch verunsichert und verärgert. Innenstädte veröden, Besucher bleiben weg, Ladenbesitzer schließen – es beginnt eine Abwärtsspirale.

Diese Situation darf nicht negiert oder als typisch für Großstädte und Bahnhöfe hingenommen werden. Es ist unser Anspruch, dass wir einen lebenswerten öffentlichen Raum garantieren, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger sicher und wohl fühlen. Deshalb wollen wir bereits gegen niederschwellige Ordnungsstörungen, Ordnungswidrigkeiten und Vergehen wie Sachbeschädigung und Ruhestörung konsequent vorgehen.

Zur ehrlichen Debatte gehört auch, dass Gruppen junger Männer, die oft Migrationshintergrund haben, durch aggressives Verhalten auffallen und den öffentlichen Raum unsicherer machen. Auch gegen dieses Phänomen müssen wir entschieden angehen – nicht zuletzt aus Respekt vor all jenen Menschen mit Migrationshintergrund, die seit Jahrzehnten im Land leben, sich gut integrieren, Heimat gefunden haben und unser Land bereichern.

Wir setzen uns daher für eine **Null-Toleranz-Strategie gegen Verschmutzung, Verrohung und Kriminalität im öffentlichen Raum** ein. Dazu haben wir u. a. bereits folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Rechtsgrundlage für Messerverbotzonen und ein striktes Messerverbot im ÖPNV.
- Erweiterte rechtliche Möglichkeiten für Videoschutz.
- Erprobung des intelligenten Videoschutzes zur schnellstmöglichen flächendeckenden Umsetzung.
- Sichtbare und nicht sichtbare Polizeipräsenz.

- Sicherheitspartnerschaften und Kooperation mit der kommunalen Seite.
- Technische und personelle Stärkung der Polizei.

Zugleich trägt die spürbare Reduzierung illegaler Migration in den Kommunen und an den Bahnhöfen maßgeblich zu mehr Sicherheit in unseren Städten bei. Das Erreichte ist kein Zufall, sondern Ergebnis klarer Positionen und Maßnahmen. Und genau diesen Weg wollen wir mit weiteren Vorhaben weiter gehen:

- Wir stehen für **volle politische Rückendeckung für ein konsequentes Durchgreifen** unserer Polizei.
- Insbesondere an objektiven Kriminalitätsschwerpunkten und in subjektiven Angsträumen wollen wir **mehr Fußstreifen, berittene Polizei, ein gemeinsames Auftreten von Polizei und kommunalem Ordnungsdienst sowie einen deutlich höheren Kontrolldruck**.
- Wir wollen den **Videoschutz im öffentlichen Raum ausdehnen und KI zum Einsatz bringen**, um auffällige Verhaltensmuster, gefährliche Gegenstände und Gesichter automatisch zu erkennen.
- Wir setzen uns für **konsequente Platzverweise und Aufenthaltsverbote** ein und wollen die **Ingewahrsamnahme** zu ihrer Durchsetzung ausweiten.
- Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir **gegen Verschmutzung vorgehen und dazu Bußgelder deutlich erhöhen und konsequent anwenden**.
- Wir setzen uns im Schulterschluss mit den Kommunen dafür ein, dass **durch Beleuchtung, bauliche Maßnahmen und hochwertige Ladengeschäfte und Gastronomie Angsträume verschwinden** oder am besten gar nicht erst entstehen. Damit kann die tatsächliche Sicherheit und das Sicherheitsgefühl verbessert werden.
- Gemeinsam mit Bundespolizei und Betreibern wollen wir **Bahnhöfe und den Öffentlichen Personenverkehr durch gleichlaufende Maßnahmen sicherer machen** – etwa durch mehr Sicherheitspersonal im Bahnverkehr in den Abend- und Nachtstunden sowie einen flächendeckenden Videoschutz in Zügen, S-Bahnen, Bussen und an Bahnhöfen.

Unser Anspruch ist klar: Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich überall – in jeder Straße und jeder Bahn – und das Tag und Nacht sicher fühlen. Das erfordert eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Land und Kommunen. Wir setzen uns dafür ein, dass Angsträume erst gar

nicht entstehen und dass Landespolizei, Bundespolizei und kommunaler Ordnungsdienst Hand in Hand daran arbeiten, dass Verschmutzung, Verrohung und Kriminalität in Städten, Bahnen und Bahnhöfen koordiniert bekämpft werden. Nur gemeinsam können wir den öffentlichen Raum lebenswert halten.